

Der Bürgermeister verweist auf die Straftaten der jüngsten Vergangenheit in Radevormwald, die höchstwahrscheinlich einen rechtsextremen Hintergrund haben. Dabei handelt es sich aber wahrscheinlich nur „um die Spitze des Eisberges“. Man müsse aufgrund anderer Tatsachen – beispielsweise rechtsextreme Aufkleber im Stadtgebiet - zur Kenntnis nehmen, dass es in Radevormwald Personen mit rechtsextremem Hintergrund gibt, die bereit sind, ihre Ideologie auch gewaltsam zu vertreten. Dies ist zwar nicht repräsentativ für Radevormwald, jedoch ist es erforderlich, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und sich entsprechend zu positionieren. Der Bürgermeister erläutert, dass die Resolution von ihm erarbeitet worden ist, nachdem er von verschiedenen Seiten des Rates darum gebeten worden ist; damit wurde ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit aller Demokraten gesetzt. Er verdeutlicht, dass trotz aller politischer Gegensätze, die auch regelmäßig bei Diskussionen im Stadtrat deutlich werden, grundlegende Gemeinsamkeiten bestehen, die im diametralen Gegensatz zu den Weltanschauungen des rechtsextremen Spektrums stehen. Der entscheidende Unterschied zwischen den Demokraten im Rat und Rechtsradikalen – so der Bürgermeister – ist der, dass für die Demokraten die Würde des Menschen unantastbar ist, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe; Gewalttaten innerhalb von politischen Auseinandersetzungen sind nicht akzeptabel. Der Bürgermeister verdeutlicht, dass Rat und Verwaltung nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten haben, sie sind nicht zuständig für die Arbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder des Staatsschutzes. Jedoch habe er großes Vertrauen in die Arbeit dieser Behörden und hofft, dass sie mit Ernsthaftigkeit und Konsequenz ihren Beitrag dazu leisten, dem rechtsradikalen Treiben ein Ende zu setzen.